

Ihr Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Präsident der AK Oberösterreich

**Rekord-Langzeitarbeitslosigkeit:
Bundes- und Landespolitik sind säumig**

Online-Pressekonferenz
am Montag, 25. Jänner 2021, 11:00 Uhr

Seit Ausbruch der Corona-Krise ist die Langzeitarbeitslosigkeit Monat für Monat gestiegen. Die negativen Konsequenzen für die Betroffenen, die Gesellschaft und die Volkswirtschaft sind weitreichend. „Ich halte es für verantwortungslos, dass die Politik auf Bundes- und Landesebene hier tatenlos zusieht. In den Gemeinden gibt es großen Bedarf in der Kinderbetreuung, der Pflege, der Kreislaufwirtschaft oder der Mobilität. Mit einer kommunalen Joboffensive, die vom Land Oberösterreich und vom AMS finanziert wird, könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

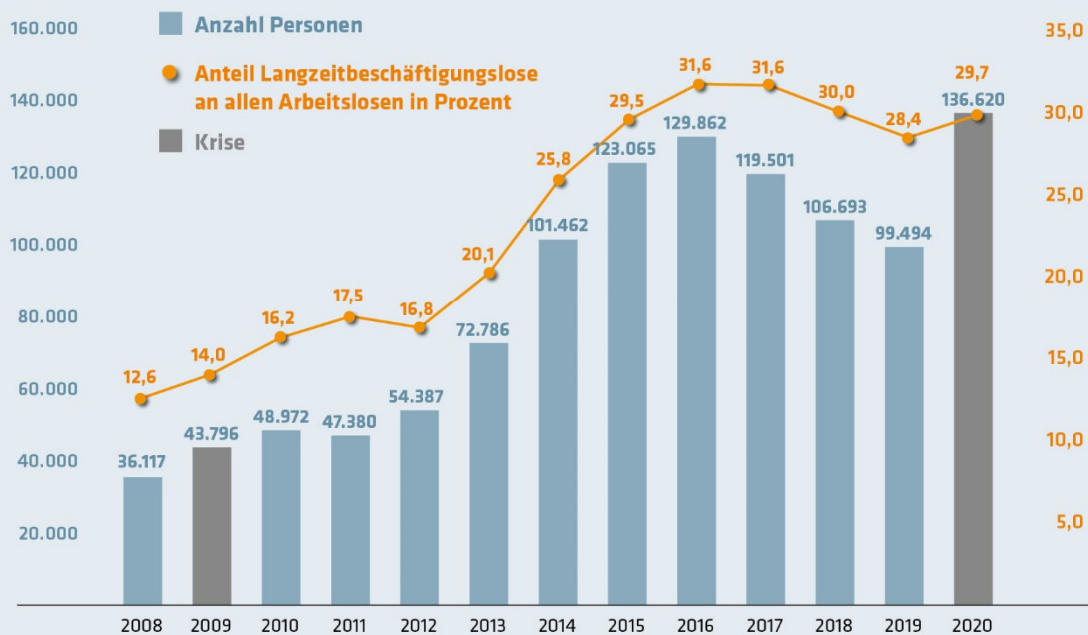
Fast ein Drittel der Arbeitslosen mehr als ein Jahr ohne Job

Im Dezember 2020 waren in Österreich rund 136.600 Menschen langzeitbeschäftigungslos (+37,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Das ist ein historisch hoher Wert und fast viermal so hoch wie 2008, dem Jahr vor der letzten großen Wirtschaftskrise. Aktuell ist fast ein Drittel (29,7 Prozent) der Arbeitslosen schon mehr als ein Jahr auf Arbeitssuche. 2008 war es noch rund ein Achtel (12,6 Prozent). Es ist zu befürchten, dass der verlängerte Lockdown zu einem weiteren Anstieg führen wird, wenn nicht politisch gegengesteuert wird.

Acht Mal so viele Langzeitbeschäftigungslose in Oberösterreich

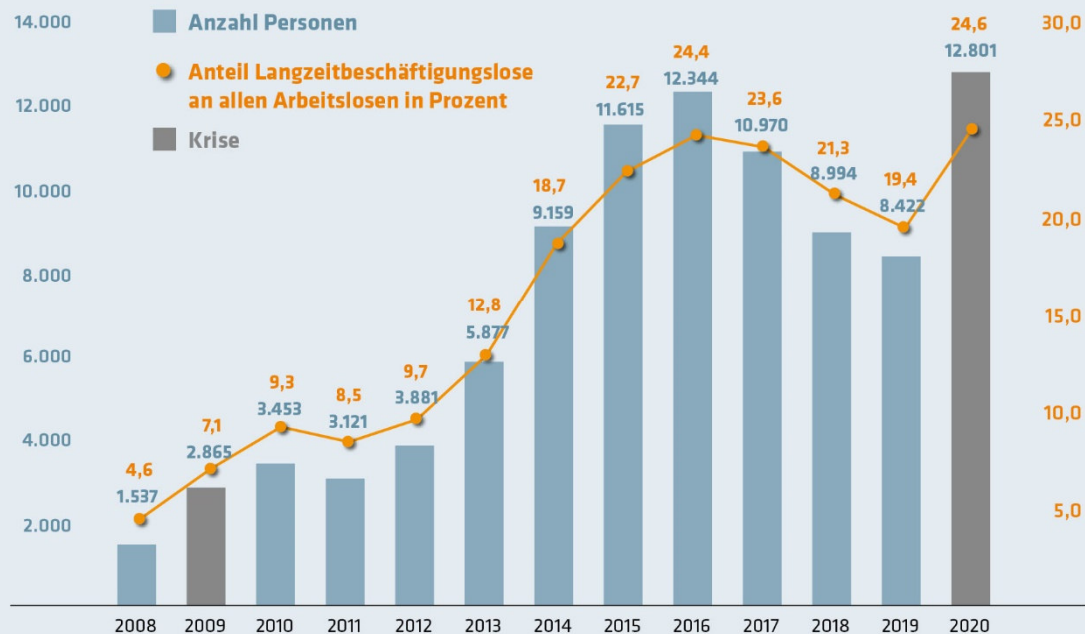
Oberösterreich hat traditionell eine vergleichsweise geringe Langzeitarbeitslosigkeit. Aber auch hier waren im Dezember 2020 rund 12.800 Menschen langzeitbeschäftigungslos. Das ist ein Anstieg um mehr als die Hälfte (+52 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr! Somit ist Oberösterreich beim Anstieg überdurchschnittlich betroffen. Und während im Jahr 2008 weniger als fünf Prozent der öö. Arbeitslosen schon länger als ein Jahr einen Job suchten, ist es jetzt etwa jede/-r Vierte (24,6 Prozent).

„LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSE“* IN ÖSTERREICH (DEZEMBER-WERTE)



AK Grafik, Quelle: AMS, AK OÖ. *Langzeitbeschäftigungslose Personen (Dauer über 365 Tage), die beim AMS als arbeitslos registriert sind. Unterbrechung von bis zu 62 Tagen (z.B. durch Schulungen oder kurze Beschäftigungen) ändern an dem Status nichts.

„LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSE“* IN OBERÖSTERREICH (DEZEMBER-WERTE)



AK Grafik, Quelle: AMS, AK OÖ. *Langzeitbeschäftigungslose Personen (Dauer über 365 Tage), die beim AMS als arbeitslos registriert sind. Unterbrechung von bis zu 62 Tagen (z.B. durch Schulungen oder kurze Beschäftigungen) ändern an dem Status nichts.

Quelle: AMS, AK OÖ. Langzeitbeschäftigungslose Personen (Dauer über 365 Tage), die beim AMS als arbeitslos registriert sind. Unterbrechung von bis zu 62 Tagen (z.B. durch Schulungen oder kurze Beschäftigungen) ändern an dem Status nichts.

Ältere besonders betroffen, Anstieg auch bei den Jungen

Das Risiko der Langzeitbeschäftigungslosigkeit steigt mit zunehmendem Alter an. Mehr als die Hälfte der Langzeitbeschäftigungslosen ist älter als 44 Jahre (53,4 Prozent in Österreich bzw. 57,9 Prozent in OÖ). Ein relativ neues Phänomen ist, dass auch junge Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. In Österreich sind rund 6.500 Jugendliche und junge Erwachsene (+55,2 Prozent) von Langzeitbeschäftigungslosigkeit betroffen, dabei vor allem 19- bis 24-Jährige. Alleine in Oberösterreich sind es 680 Jugendliche und junge Erwachsene (+64,6 Prozent).

Folgende Gruppen sind besonders betroffen:

- Auch wenn in Summe etwas mehr Männer betroffen sind, gibt es im Vergleich zum Vorjahr bei Frauen höhere Anstiege. In Oberösterreich ist das mit einem Plus von 53,5 Prozent besonders stark ausgeprägt.
- Rund jede/-r zweite Langzeitbeschäftigungslose (48,4 Prozent) hat gesundheitliche Einschränkungen oder eine Behinderung.
- In Bezug auf das Bildungsniveau von Langzeitbeschäftigungslosen zeigt sich der bekannte Zusammenhang zwischen Ausbildung und individuellem Arbeitslosigkeitsrisiko: Rund jede/-r Dritte (36,6 Prozent) hat maximal eine Pflichtschulausbildung. In Oberösterreich trifft dies auf sogar fast die Hälfte (45,3 Prozent) zu.
- Es sollten jedoch nicht die anderen zwei Drittel übersehen werden, wo Menschen trotz Ausbildung bzw. Berufserfahrung längerfristig ohne Job sind. Rund 25.166 Langzeitbeschäftigungslose (18,4 Prozent) haben sogar eine höhere oder akademische Bildung. In Oberösterreich sind 1.351 Personen (10,5 Prozent) betroffen.

Folge längerer Arbeitslosigkeit ist höhere Armut

Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen einen Einkommensverlust und in der Folge eine höhere Armutsgefährdung, eine Einschränkung der sozialen Kontakte und eine Verschlechterung des Gesundheitszustands.

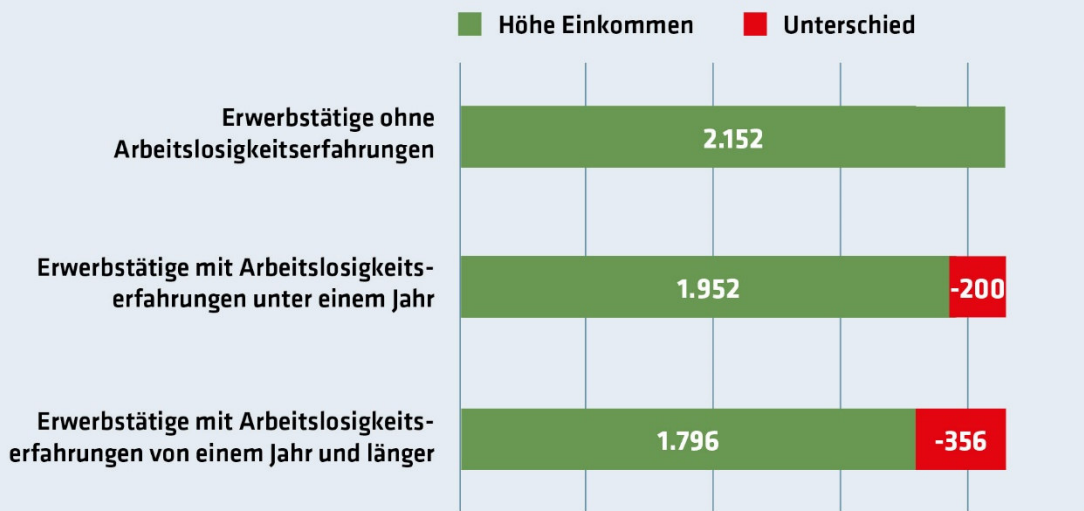
Angesichts einer zu geringen Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld in der Höhe von nur 55 Prozent des vorigen Nettoeinkommens ist es nicht verwunderlich, dass die durchschnittlichen Leistungshöhen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe weit unterhalb der sogenannten Armutsgefährdungsschwelle liegen. Diese betrug laut Statistik Austria im Jahr 2019 (bezogen auf die Einkommenslagen 2018) 1.286 Euro pro Monat (12 x pro Jahr) bei einem Einpersonenhaushalt. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit steigt das Risiko, armuts- oder ausgrenzungsgefährdet zu werden. Im Jahr 2019 waren 81.000 ganzjährige Arbeitslose armutsgefährdet. Bei kürzerer Arbeitslosigkeit – bis zu fünf Monaten – war das Risiko, einkommensarm zu sein, wesentlich geringer und lag bei rund 16 Prozent.

Langfristige Folgen: In Zukunft geringeres Erwerbseinkommen

Die negativen Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit sind auch noch zu beobachten, wenn die Person zum Beispiel bereits wieder eine Stelle angenommen hat. Das sind „Narben“, die oft ein ganzes Leben nicht mehr verschwinden.

Auf der Grundlage des Sozialen Surveys Österreich 2016, einer repräsentativen Befragung der österreichischen Bevölkerung, zeigt sich, dass Erwerbstätige mit früherer, längerer Arbeitslosigkeit im Durchschnitt um 356 Euro netto im Monat weniger verdienen als Befragte, die nie arbeitslos waren. Selbst dann, wenn sie in derselben Branche und im selben Umfang beschäftigt sind, dieselbe Tätigkeit ausüben und sich auch nicht in Sachen Geschlecht, Alter, Bildung, Partnerschaft, Kinder und Wohnort unterscheiden.

NETTO-ERWERBSEINKOMMEN* VON ERWERBSTÄTIGEN NACH ARBEITSLOSIGKEITSERFAHRUNG IN EURO (2016)



AK Grafik, Quelle: Auswertung Bacher 2020, SSÖ 2016. Anmerkung: n=775. *Umrechnung der erfragten Bruttolöhne 2016 in monatliche Nettolöhne auf der Basis des Brutto-Netto-Rechners für 2020 ohne Berücksichtigung des Familienbonus.

Quelle: Auswertung Bacher 2020, SSÖ 2016. Anmerkung: n=648. *Umrechnung der erfragten Bruttolöhne 2016 in monatliche Nettolöhne auf der Basis des Brutto-Netto-Rechners für 2020 ohne Berücksichtigung des Familienbonus.

AK-Forderungen auf Landesebene

Als Arbeiterkammer haben wir seit dem Frühsommer 2020 auf den absehbaren Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit hingewiesen und mehrfach – auch im Rahmen des „Arbeitsmarktdialogs“ – ein frühzeitiges Gegensteuern gefordert. Die nunmehrige Einberufung einer Taskforce und die Bereitschaft des Landes OÖ, nun endlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu ergreifen, kommt leider spät. Angesichts der besorgniserregenden Zahlen gilt es, umso rascher diese angekündigte Offensive gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu starten. Dazu braucht es folgende Eckpunkte:

- Das Land OÖ sollte sich zum Ziel setzen, in den nächsten zwei Jahren wieder das Niveau an Langzeitarbeitslosigkeit vom Vor-Krisenjahr zu erreichen. Dafür müssten mindestens 4.000 Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- Im „Pakt für Arbeit und Qualifizierung“ 2021 ist geplant, das Budget für sozialökonomische Betriebe von 21,9 Millionen Euro auf 25 Millionen Euro aufzustocken und somit rund 1.250 Plätze zu finanzieren. Das wäre

ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Anzahl der Plätze in sozial-ökonomischen Betrieben müsste schließlich schnell verdoppelt werden.

- Im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich müssten 1.000 Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Davon könnten die Gemeinden bei der Alten- und Kinderbetreuung, im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Verkehr oder auch in der Kreislaufwirtschaft profitieren.

AK-Forderungen auf Bundesebene

- Der Einkommensverlust und das damit einhergehende Armutsrisiko müssen reduziert werden – indem das Arbeitslosengeld durch Anhebung der Nettoersatzrate auf mindestens 70 Prozent des vorigen Nettoeinkommens erhöht wird.
- Auch auf Bundesebene sollte eine Jobgarantie eingeführt werden, die allen älteren Langzeitarbeitslosen (45+) einen Job im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor anbietet.
- Das AMS hätte bereits vor der Corona-Krise mehr Personal benötigt. Die nun beschlossenen 350 befristeten zusätzlichen Planstellen (davon 100 für die Abwicklung der Kurzarbeit) bis 2023 und der gestoppte Stellenabbau von weiteren 150 Stellen sind zu begrüßen. Das ist aber zu wenig. Der Gesamt-Bedarf ist mit mehr als 650 zusätzlichen Planstellen deutlich größer.